

LESERBRIEFE

Tempo-50-Initiative ist unnötig und falsch

Die SVP lanciert Tempo-50-Initiative und unterstreicht damit ihr Schwarz-Weiss-Denken. Die Initiative ist reine Wahlkampf-Polemik. Die Herausforderungen in der Mobilität erreichen wir nicht mit Grabenkämpfen zwischen «Autopartei»-Sympathisanten auf der einen und «ÖV-Prediger» auf der anderen Seite. Es braucht eine Mobilitätspolitik, welche alle Bedürfnisse mitberücksichtigt. Eines dieser Bedürfnisse und gleichzeitig kantonale Aufgabe ist

auch die Sicherstellung des überregionalen Verkehrsflusses für Auto, Wirtschaftsverkehr, ÖV (Bus) und Velo (inkl. E-Bikes). Generell Tempo-30 auf Durchfahrtsstrassen unter dem Deckmantel der Siedlungsverträglichkeit oder Sicherheit sind deshalb genauso abzulehnen wie ein umfassendes, kantonales Verbot von Tempo-30 auf allen Kantonsstrassen. Tempo 30 soll in Einzelfällen auch auf Kantonsstrassen möglich sein, aber immer nur dann,

wenn der Verkehrsfluss auf wichtigen Achsen nicht beschränkt oder dadurch sogar gesteigert werden kann. Auch in der Mobilitätspolitik kriegen wir vernünftige Lösungen nur hin, wenn wir miteinander Lösungen erarbeiten. Problembewirtschaftung der Pol-Parteien bringt keine Lösungen, auch nicht für den Auto- und Wirtschaftsverkehr!

Adrian Nussbaum, Fraktionspräsident
Die Mitte Luzern, Hochdorf

Im Stillen aktiv für die Umwelt

Wenn sich heute jemand an ein Gemälde klebt oder sich demonstrierend mitten auf eine Fahrbahn setzt, wird darüber in den Medien berichtet. Gleichzeitig finden jedes Jahr ab Ende Februar über den gesamten Kanton Luzern 48 Generalversammlungen der lokalen Gewerbevereine statt. Im Schnitt hats jeweils über 100 Teilnehmende. Das heisst, 5000 Luzernerinnen und Luzerner regeln in ihrer Freizeit an einem Abend gemeinsam, wie sie im kommenden Jahr optimale Rahmenbedingungen für die kantonale KMU-Wirtschaft sicherstellen können. Sie legen damit die Basis, damit ihre Unternehmen nachhaltige Innovationen erarbeiten und die teuren

Investitionen in umweltneutrale Technik tätigen können. Dieses stille, aber hocheffiziente ökologische Schaffen wird von den Medien viel zu wenig aufgenommen. Deshalb hier der Versuch, diesen Effort mittels eines Leserbriefes kurz ins Lampenlicht zu rücken. Die 5000 engagierten Luzernerinnen und Luzerner von Escholzmatt bis ins Hitzkirchertal und von St. Urban bis nach Vitznau haben es verdient. Sie bewegen etwas, ohne Leim zu verschwenden und andere an der Weiterfahrt zu hindern.

Gaudenz Zemp, Kantonsrat FDP,
Direktor KMU- und Gewerbeverband
Kanton Luzern, Kastanienbaum

Wo bleibt die Gemeindeautonomie?

Was haben Wauwil, Römerswil und Hildisrieden gemeinsam? Sie gehören zu den vielen Gemeinden, welche beim Kanton Luzern ein Gesuch eingereicht haben, um die Einführung von Tempo 30 auf Kantonsstrassen zu prüfen. Auch in Dagmersellen wurde kürzlich eine entsprechende Petition mit knapp 300 Unterschriften eingereicht.

Lange war Tempo 30 auf Kantonsstrassen ein Tabuthema. Weil aber immer mehr Gemeinden eine Verkehrsberuhigung verlangten und auch das Bundesgericht grünes Licht gab, ist der Kanton Luzern von dieser strikten Haltung abgerückt. Und das ist gut so. Im Kanton Luzern sind über 50000 Perso-

nen von zu viel Lärm betroffen. Lärm ist nicht einfach lästig, Lärm macht nachweislich krank. Tempo 30 wirkt dem entgegen, erhöht die Sicherheit und stärkt die Lebensqualität in den Dorfkernen. Ob Adligenswil, Emmen oder Root: Dort, wo die Temporeduktion bereits umgesetzt worden sind, werden gute Erfahrungen gemacht.

Letzte Woche wurde bekannt, dass die SVP im Kanton Luzern eine Initiative gegen Tempo 30 auf Kantonsstrassen lanciert. Neu soll innerorts grundsätzlich Tempo 50 gelten. Im Initiativkomitee sitzen auch Angehörige von FDP und Mitte. Kürzlich hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat

einen ähnlichen Richtungsentscheid gefällt.

Solche Bestrebungen sind brandgefährlich. Sie führen faktisch zu einem Tempozwang für die Gemeinden. Für mich ist klar: Die Gemeinden wissen am besten, an welchen Orten und unter welchen Umständen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung notwendig sind. Anstatt sie aus ideologischen Gründen zu bevormunden, sollen sie weiter die Möglichkeit haben, Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und zur Attraktivierung der Dorfkernen zu prüfen.

Anja Meier,
Kantonsrätin SP, Willisau

Wert der direkten Demokratie

Demokratische Mitbestimmung könnte in der Volksschule über verschiedene Ziele des Lernplans 21 vermittelt werden. Aber, ob unseren Sprösslingen der Zusammenhang dieser Prozesse mit unserem zentralen Schweizer Wert der direkten Demokratie aufgezeigt wird, ist ein ganz anderes Thema.

Claudia Huser, Regierungsratskandidatin, hat Recht, wenn sie schreibt, dass politische Bildung interessant vermittelt werden kann. Ein Beispiel gefällig? Eine 3./4. Klasse (Kanton Zürich) gründet im Projektunterricht eine fiktive Stadt. Sie entscheidet sich demokratisch für den Namen «Banana Joe City». Meine Enkelin wird im Jobsharing zur Stadtpräsidentin gewählt. Der Stadtname gefällt ihr gar nicht. Dann sprudelt es aus ihr heraus: «Jetzt bin ich doch Stadtpräsidentin, kann aber diesen Stadtnamen nicht ändern, denn das Volk hat entschieden!» Voilà – alles

verstanden! Den Lehrpersonen habe ich mit einem Schmunzeln herzlich gedankt.

Unser politisches System muss es uns allen, auch den Volksschulen, wert sein, dieses vorerst spielerisch, später fundierter weiterzugeben, um es so fest und lebendig in den kommenden Generationen zu verankern. Aber, wie Elias Meier, Kantonsratskandidat, schreibt: Es darf nicht optional sein – der Wert der direkten Demokratie soll über eines der Lernziele obligatorisch weitergegeben werden.

Übrigens: Mein Enkel, 2. Klasse, hat mir letzthin stolz seinen Parlamentsausweis gezeigt. Demokratisch in den Schüllerrat gewählt. So vieles ist möglich! Tun wir es für unser geschätztes politisches System.

Irene Keller,
Kantonsrätin FDP, Vitznau

Urs Koch neuer Stadtrat



SURSEE Der neue Finanzvorsteher der Stadt Sursee heisst Urs Koch. Der FDP-Politiker hat am vergangenen Sonntag die Kampfwahl um den frei werdenden Sitz in der Surseer Stadtregierung gewonnen.

Koch erhielt 1491 Stimmen, auf Fabrizio Misticoni (Grüne) entfielen 840 Stimmen. Das absolute Mehr betrug 1181 Stimmen, wie der Surseer Stadtrat am Sonntag mitteilte.

Die Ersatzwahl wurde nötig, weil FDP-Finanzvorsteher Daniel Gloor per Ende März zurücktritt. sda

Streit mit Kanton beigelegt

KRIENS Wenn der Kanton Luzern nächstes Jahr die Obernauerstrasse in Kriens saniert, wird ein Flüsterbelag eingebaut. Diese Zusage hat die Stadt Kriens in der aussergerichtlichen Verhandlung mit dem Kanton erwirkt.

Im Gegenzug hat sie ihre Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen den Beschluss des Regierungsrats zurückgezogen. «Mit der Einigung gewinnt vor allem der Lärmschutz, von dem 7000 Menschen im direkten Umfeld der Strasse profitieren», schreibt die Stadt. Der Regierungsrat hatte im vergangenen August seine Pläne für die Neugestal-

tung der Kantonsstrasse im Abschnitt zwischen der Einmündung der Hergiswaldstrasse in Obernau bis ins Zentrum präsentiert. Diese soll auf einer Länge von 1.7 Kilometern für 24,88 Millionen Franken saniert, verbreitert und aufgewertet werden. Die Stadt Kriens störte sich daran, dass die Lärmschutzmassnahmen erst mit Beginn der Bauarbeiten festgelegt werden sollten. Aus diesem Grund hatte sie eine Beschwerde eingereicht. Mit dem nun vereinbarten Einbau eines Flüsterbelags werde der Lärmschutz stark verbessert, hält die Stadt fest. Der Kanton werde nun die Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau und die Sanierung der Obernauerstrasse vorantreiben. Gemäss aktuellem Bauplan sei der Start der Hauptarbeiten im Frühling 2024 geplant. sda

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken (2700 Zeichen). Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leser-

briefe ohne Rücksprache zu kürzen. Beiträge mit persönlichen Attacken und ehrverletzenden oder kredit-schädigenden Äusserungen werden nicht veröffentlicht. Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse (Strasse, Wohnort) versehen sind. wb

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Andreas Bärtschi
FDP, Altishofen

Es ist Wahlkampf-Zeit. Diese Zeit gehört definitiv zu den spannendsten, aber auch zu den intensivsten Wochen für uns Politikerinnen und Politiker. Man merkt, wie der politische Alltag

Wahlkampf

etwas in den Hintergrund rückt. Man merkt, wie das öffentliche Interesse an der Politik markant ansteigt und man merkt aber auch, dass die politische Arbeit rauer und pointierter wird.

Ich erinnere mich an ein Treffen Ende Januar mit einem ehemaligen Kantonsrat. Wir haben etwas über die kantonale Politik gesprochen und ich habe ihm erzählt, welche wichtigen Themen in der Januar-Session anstehen. Da hat

er mich mit grossen Augen angeschaut und gesagt: «Was ihr habt nächste Woche Session? Ich habe gar nichts darüber gelesen». Erst dann bemerkte ich, dass man nur sehr wenig über die bevorstehende Session gehört und gelesen hat und der mediale Fokus bereits drei Monate im Voraus auf den Kantons- und Regierungsratswahlen lag. Diese Tendenz hat sich in den letzten Tagen und Wochen natürlich noch verstärkt. Trotzdem stehen die politischen Prozesse nicht still. Vor zehn Tagen endete zum Beispiel das Vernehmlassungsverfahren über die Steuergesetzrevision 2025 des Kantons Luzern. Die Revision gehört zu den wichtigsten Geschäften der endenden und der neuen Legislatur.

Zum einen rückt die politische Arbeit also etwas in den Hintergrund. Zum anderen ist das politische Geschehen aber über Tage und Wochen voll im Fokus. In den Zeitungen, in den sozialen Medien oder spätestens seit letztem Samstag auch an den Strassenrändern; der Kantons- und Regierungsratswahlkampf ist im Kanton Luzern allgegenwärtig. Viele fragen sich, ob so viel Wahlkampf nötig und sinnvoll ist. Auch wir hinterfragen uns kritisch, was sind die rich-

tigen Mittel und in welchem Mass. Es ist nicht möglich, genau zu eruieren, welche Massnahmen schlussendlich zu einem Wahlerfolg beitragen und auf welche man verzichten kann. Was aber unbestritten ist, ist die Gesamtwirkung der verschiedenen Massnahmen. Nie ist das Interesse an der kantonalen Politik so gross wie während des Wahlkampfs. In dieser Zeit erhalte ich viele Zuschriften, oftmals auch von Personen, welche sich sonst nicht wirklich für Politik interessieren. Dies zeigt, dass die grosse Präsenz der Wahlen auch hilft, dass sich mehr Personen mit der Politik auseinandersetzen.

Während des Wahlkampfs wird die Politik aber auch etwas rauer, pointiert und teilweise auch oberflächlicher. Zur Veranschaulichung kann man auf die Januar-Session blicken. Auf der Traktandenliste waren über 100 Geschäfte geführt, leider konnten nur knapp ein Drittel davon bewältigt werden. Dies hängt mit sehr vielen Wortmeldungen zusammen. Zum Teil hat man das Gefühl, je näher die Wahlen rücken, desto mehr und länger wird bei den Debatten gesprochen. Viele Voten fallen dabei unter die Kategorie «es wurde zwar bereits

gesagt, aber noch nicht von mir.» Dies verzögert die effiziente Abarbeitung der Traktandenlisten. Auch auffallend ist, wie sich gewisse Parteien auf die Wahlen hin verhalten. So droht die SVP mit einer brandgefährlichen Spital-Wolhusen-Initiative, welche schlussendlich ein hohes Risiko birgt, dass das Spital Wolhusen sogar geschlossen werden könnte. Die SP droht mit einem Referendum zum neuen Steuergesetz, obwohl dazu erst die Vernehmlassung stattgefunden hat und mit der Reform die tiefen Einkommen entlastet werden sollen. Auch die damalige CVP setzte 2019 auf dieses Wahlkampf-Instrument mit ihrer Privatpflege- und Betreuungsinitiative. Dies, obwohl sie damals mit 38 Sitzen im Kantonsrat über die nötige Kraft verfügte hätte, um einem solchen Anliegen auch im ordentlichen politischen Prozess Ausdruck zu verleihen – halt einfach weniger öffentlichkeitswirksam.

Der Wahlkampf zeigt also, die Luzerner Politik interessiert und bewegt. Trotzdem ist die Stimmbeteiligung bei Wahlen kontinuierlich gesunken. Haben 2007 im Wahlkreis Willisau noch 53.1% ihr Wahlrecht wahrgenommen,

waren es 2011 nicht einmal mehr die Hälfte (49.1%). Bei den letzten beiden Wahlen 2015 (41.54%) und 2019 (40.94%) waren die Stimmbeteiligungen sogar nochmals massiv tiefer. Dies muss uns zu denken geben und wir müssen alles daran setzen, dass wieder mehr Personen ihr Wahlrecht wahrnehmen. Am 2. April 2023 werden die Volksvertretungen aus dem Wahlkreis Willisau gewählt. Egal ob Raumplanung, Verkehrs-, Gesundheits- oder Steuerpolitik – viele Entscheidungen, welche wir in Luzern treffen, haben direkten Einfluss auf unser tägliches Leben im Wahlkreis. Damit die Wahlbeteiligung aber wieder ansteigt, reicht es nicht, dass nur Sie persönlich wählen. Motivieren Sie Ihre Nachbarn, Kinder, Grosskinder und wen sie alles kennen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen.

Ich habe einleitend geschrieben, dass der Wahlkampf intensiv und teilweise auch oberflächlich sei. Es ist mir aber wichtig, festzuhalten, dass mir die Arbeit in der Politik und auch im Luzerner Kantonsrat gefällt. Aus diesem Grund kandidiere ich am 2. April 2023 für eine zweite Legislatur und würde mich über Ihre Unterstützung freuen.